Nummer 44 — Halle, Sonnabend, den 21. Februar 1925 — 60. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Goldmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark u. 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme 2ehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus: Neue Promenade 12 u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Der Militärkontrollrummel wird den Alliierten immer fataler.

Ein neuer Streitpunkt zwischen England und Frankreich / Die „Times" für schleunigste und saubere Erledigung der Räumungsfrage

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat am Donnerstag ihren Vorstand für ein Jahr gewählt. Zum 1. Vorsitzenden ist Abg. Dr. von Campe bestimmt worden.

*

Das Deutsche Kalisyndikat hat für die Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute auf Zeche Minister Stein in Dortmund den Betrag von 25 000 Mark gespendet.

*

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat den Beschluß des Magistrats, 50 000 Mark für die Hinterbliebenen des Grubenunglücks auf der Zeche „Minister Stein" zu bewilligen, einstimmig genehmigt.

*

Wiener Blättermeldungen aus Bukarest zufolge ist in der letzten rumänischen Ministerkonferenz beschlossen worden, über den Konflikt mit Deutschland ein Grünbuch herauszugeben. Ferner wird berichtet, die rumänische Regierung werde keine Ausweisungen von Deutschen vornehmen, sondern zu wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen greifen.

*

Staatssekretär Dr. Trendelenburg und Handelsminister Raynaldy verhandelten über die Möglichkeit einer kurzen Unterbrechung der Handelsvertragsverhandlungen. Französischerseits wird gewünscht, daß dann die anfänglich vorgesehene neunmonatliche Geltung des modus vivendi beibehalten wird.

*

Der Ohmann der deutsch-amerikanischen Kommission gab als Entscheid dieser Kommission bekannt, Deutschland sei verpflichtet, die Schäden zu ersetzen, die in Amerika lebende Angehörige englischer bei der Versenkung der „Lusitania" ums Leben Gekommener erlitten haben. Die Kommission gab ebenfalls bekannt, daß die Forderungen amerikanischer Bürger die Summe von 704 000 Dollar ausmachen.

*

Vom Kriegsgericht Namur wurden wegen angeblicher im Jahre 1914 begangener Verbrechen folgende deutsche Offiziere verurteilt: Der General v. Lasiert wegen Ermordung eines gewissen Dubois in Bussonville zum Tode, der Rittmeister Heltzer und der Zahlmeister Schefsler wegen Brandstiftung zu je 20 Jahren Zwangsarbeit.

*

Das französische Kriegsgericht in Düsseldorf hat zwei jugendliche Arbeiter, die der kommunistischen Partei angehören, wegen antimilitaristischer revolutionärer Propaganda unter den französischen Soldaten des besetzten Gebietes zu dreieinhalb und drei Jahren Gefängnis verurteilt.

*

Nach Meldung einer Nachrichtenagentur aus Washington wird dort amtlich in Abrede gestellt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten Frankreich zur Stabilisierung seiner Währung eine Anleihe von 20 Millionen Pfund Sterling in Aussicht gestellt habe. Dieses Dementi ist Reuter zufolge die Antwort auf die Erklärung Clementels in der französischen Kammer.

*

Gestern ist der französische Arbeitsminister Godart in Warschau eingetroffen. — Man vermutet, daß der Besuch mit dem Washingtoner Arbeitsabkommen zusammenhängt und Polen zu gemeinsamem Vorgehen gegen Deutschland bestimmen soll. Jedenfalls ist es ein Zeichen, daß Frankreich einstweilen an der Freundschaft mit Polen festhält.

*

Paris. Der Präsident der Republik Doumergue hat zu Ehren des Präsidenten von Chile Alessandri ein Frühstück gegeben. — Die Südamerikaner bringen viel Geld nach Europa und die Chilenen sind nicht sehr deutschfreundlich; zwei triftige Gründe für die Franzosen, sich lieb Kind zu machen.

*

Ueber das Buch Lord Haldanes, das die Verwendung von giftigen Gasen im Kriege behandelt, schreibt „Times", mancher, der Gegner dieses Kriegsmittels gewesen sei, werde nach der Lektüre seine Ansicht ändern oder mindestens zweifelhaft werden. In dem Buch wird u. a. die Auffassung vertreten, daß im Kriege die wirkungsvollsten Kampfmittel auch die menschlichsten seien. — Seitdem Deutschland keine U-Boote und Gaswaffen mehr hat, ist die „Barbarei" plötzlich das humanste, menschlichste Kampfmittel. O, sie sind ehrlich, diese Engländer, daß man staunen muß.

London will die Botschafterkonferenz ausschalten.

Wie das Pariser „Journal" mitteilt, hat die englische Regierung den Vorschlag gemacht, die Botschafterkonferenz bei der Beurteilung des Berichts über die Entwaffnung Deutschlands auszuschalten und eine Konferenz einzuberufen, in der die Regierungschefs der Alliierten selbst Stellung nehmen würden.

„Journal" glaubt bestätigen zu können, daß die französische Regierung diese Methode bis zur Stunde ablehne. Sie wolle, daß die normale Prozedur eingehalten werde. Die Engländer sollen nach dem Journal ferner verlangt haben, daß ein Zeitpunkt festgesetzt werde, erstens hinsichtlich der Erfüllung der Entwaffnungbedingungen, zweitens hinsichtlich der Räumung des Kölner Brückenkopfes und drittens hinsichtlich des Uebergangs der Kontrolle auf den Völkerbund. Französischerseits ist man dem Journal zufolge der Ansicht, man müsse den Deutschen bestimmte Bedingungen auferlegen und ihnen erklären, daß man den Artikel 429 des Friedensvertrages erst ausführen werde, wenn sie die Entwaffnung durchgeführt hätten.

Der Bericht ist 300 Seiten lang! Die Veröffentlichung ist zweifelhaft.

Havas meldet aus Paris, daß der Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission einschließlich seiner zwölf Anlagen mehr als 300 Seiten umfaßt. Jeder in der Botschafterkonferenz vertretenen Macht seien bereits zwei Exemplare zugestellt worden. Die Botschafterkonferenz wird den Bericht erörtern. Von einer interalliierten Konferenz in London sei im Augenblick nicht die Rede.

Die Veröffentlichung des Berichts werde — wenn sie beschlossen werde —, wahrscheinlich erst nach der Entscheidung der Alliierten erfolgen.

*

Wie Reuter erfährt, ist eine Abschrift des Berichts der Kontrollkommission im Londoner Auswärtigen Amt eingetroffen. Irgend eine Aktion in der Angelegenheit wird in erster Linie von dem Militärkomitee in Versailles ausgehen und dann wahrscheinlich die Botschafterkonferenz in Paris beschäftigen.

Die „Times" verlangen Klarheit.

„Times" betont im Leitartikel, daß die Räumung der Kölner Zone nur aus rechtlichen Gründen aufgeschoben wurde und spricht die Hoffnung aus, daß jetzt, nachdem der endgültige Bericht der Interalliierten Kontrollkommission vorliege, die alliierten Regierungen ihre Entscheidung so schnell wie möglich treffen möchten.

Wenn die deutsche Regierung alle die durch den Versailler Vertrag vorgeschriebenen Entwaffnungsbestimmungen erfüllt haben werde, dann werde nach britischer Auffassung die weitere Besetzung der Kölner Zone nicht mehr gerechtfertigt sein. Diese besondere Frage habe nichts mit der allgemeinen Frage hinsichtlich spätere und weiterer Vorkehrungen für die Sicherheit in Westeuropa zu tun. Die Kölner Frage sei zu lange in der Schwebe geblieben. Deutschland müsse jetzt genau erfahren, was von ihm gefordert werde und die alliierten Regierungen wie auch die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern sollten sich darüber einigen, was gerechterweise verlangt werden müsse.

Auf jeden Fall dürfe man erwarten, daß die britische Regierung an ihrem Standpunkt festhalten und nicht gestatten werde, daß die Kölner Frage in unangemessener Weise erweitert oder mit anderen Fragen vermischt werde, die eigentlich nichts damit zu tun hätten.

Das beste wäre, wenn die alliierten Regierungen Deutschland ihre berechtigten Forderungen so schnell wie möglich mitteilen würden, damit die deutsche Regierung diese sofort erfüllen könne und damit für einen Aufschub der Räumung keine weiteren juristischen Entschuldigungen übrig blieben. Ein weiterer Aufschub würde nur zu übertriebenen Ansprüchen und zu einer Erhitzung der Leidenschaften führen. Dies könne die Frage unendlich komplizieren, die doch im Grunde ganz einfach sei. — Aehnlich äußert sich auch die „Westminster Gazette".

Ein weitblickender Franzose.

Der französische Abg. Montigny, der eine Studienreise durch Mitteleuropa gemacht hat, erklärt in einem Bericht, das Schicksal des Friedens werde weniger am Rhein als vielmehr an den Ufern der Donau und in der Umgebung von Danzig entschieden werden.

Frankreich könnte viel zur Entspannung beitragen und die Rolle des Schiedsrichters und des Ausgleichers mit der Autorität seines Desinteressements übernehmen, da es ja kein anderes Ziel verfolge, als die Aufrechterhaltung des Friedens und den Fortschritt der Demokratie. (????)

Englisches Kopfzerbrechen über das Genfer Protokoll.

Nach übereinstimmenden Meldungen der Londoner Blätter hat das englische Kabinett sich mit der Frage des Genfer Protokolls nicht befaßt. Dem diplomatischen Berichterstatter des Daily Telegraph zufolge bestand die Auffassung, daß die Prüfung dieser verwickelten Frage wahrscheinlich mehr als eine Vollsitzung erfordern wird, ehe die notwendige Entscheidung getroffen werden kann.

„Daily News" schreiben, der Grund für die Nichterörterung der Frage des Genfer Protokolls durch das Kabinett sei ziemlich rätselhaft, man glaube, daß eine etwas schwierige Lage im Zusammenhang mit dem Meinungsaustausch mit den Dominions entstanden sei. Ein weiterer Austausch von Mitteilungen sei notwendig, bevor die britische Regierung in der Lage sein werde, über ihre Haltung in der Märzsitzung des Völkerbundsrats zu entscheiden. Schon aus diesem Grunde könnten die Pariser Meldungen über angebliche Verhandlungen wegen eines westeuropäischen Sicherheitspaktes als völlig unbegründet angesehen werden.

*

Auf eine Anfrage, ob die britische Regierung den Versuch beabsichtige, die geplante Abrüstungskonferenz abzuhalten und wenn nicht, ob die Konferenz aufgegeben oder nur verschoben worden sei, erwiderte Chamberlain, der Zusammentritt der Konferenz würde davon abhängen, daß das Genfer Protokoll bis zum 1. Mai d. J. von mindestens einer Mehrheit von ständigen Mitgliedern des Völkerbundrates und zehn anderen Mitgliedern des Völkerbundes ratifiziert ist. Mangels einer derartigen Ratifizierung sei dem Völkerbundsrat überlassen worden, entweder eine Vertagung der Konferenz auf einen späteren Zeitpunkt oder eine Absage der Einladungen anzuraten. Er sei augenblicklich selbstverständlich nicht in der Lage zu sagen, ob die obigen Bedingungen bis zum 1. Mai erfüllt sein werden.

Zum Programm Marx.

Das „Berliner Tageblatt" und sonstige demokratische Zeitungen triumphieren: Die Rechtsparteien könnten gegen die Regierungserklärung Marx sachlich kaum etwas einwenden, ihre Opposition sei lediglich parteipolitisch bedingt unter Verletzung des nationalen Interesses.

Richtig ist, daß die Regierungserklärung des Rechtskabinetts Dr. Luther im Reich und des Linkskabinetts Dr. Marx in Preußen sich sehr stark einander annähern, sie beweisen beide unverkennbar den beginnenden Ausgleich der sachlichen Parteiverschiedenheiten. Trotzdem hat die Demokratenpresse die Rechtsregierung Dr. Luther aufs schärfste bekämpft, obgleich sie sachlich nichts dagegen einwenden konnten. Wenn jetzt die Rechte in Preußen nur das gleiche tut, können die Demokraten sich also durchaus nicht beklagen, sie machen es im Reich selber nicht besser.

Aber es bestehen zwischen der Opposition der Linken im Reich und der Opposition der Rechten in Preußen doch noch sehr wesentliche Unterschiede. Zunächst muß immer wieder die schriftliche und in der sozialistischen Presse öffentliche Erklärung des Führers der sozialdemokratischen Partei, Müller-Franken, festgehalten werden, daß die Sozialdemokratie es war, die zur Reichstagsauflösung und damit zur Krisis im Reich und in Preußen trieb in der Hoffnung, die Deutschnationale Volkspartei zu zerschlagen. Damit steht ihre Feindseligkeit gegen die Rechte auch auf rein taktischem Gebiet fest, nicht nur die Gegnerschaft in den politischen Anschauungen. Sie will die Volksgemeinschaft nicht.

Das hat sich auch gezeigt bei ihrer Versuch, ein Kabinett der Volksgemeinschaft zu bilden: So gut, wie die Sozialisten das heute ganz und gar nicht klassenkämpferisch, international und kirchenfeindlich gehaltene Regierungsprogramm des Kabinetts Marx hinnehmen, mußten sie auch das Programm Luther und ebenso die deutschnationalen Bedingungen für ein Kabinett der Volksgemeinschaft hinnehmen haben. Aber sie wollen eben keine Verständigung, keine Volksgemeinschaft, sondern wollen — sagen wir es offen, was sich aus dem Mangel ernstlicher sachlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen der Rechtserklärung Dr. Luthers und der Linkserklärung Dr. Marx' zum Greifen deutlich ergibt — sie wollen die bisherige Macht und ihre Vorteile nicht fahren lassen. Das ist ihnen wichtiger als Volksgemeinschaft, Ausgleich der persönlichen, sachlich immer mehr schwindenden Parteigegensätze, ist ihnen wichtiger als der Segen wirklicher Zusammenarbeit zum Heile des ganzen Volkes und Vaterlandes.

Die Demokraten und Zentrum machen dieses rein persönliche, dieses unsachliche Festhalten an der Macht mit: so sollen sie nicht über die Rechte schreien: „Haltet den Dieb": sie selbst sind es, die dem deutschen Volke die Frucht der beginnenden Klärung der sachlichen Gegensätze rauben.

Heute wird sich entscheiden, ob die Marxregierung besteht oder fällt. Fällt sie, so fällt sie mit Recht: ihre Politik der Sabotierung der Volksgemeinschaft und der Ausschaltung der immer stärker werdenden Gesundungsbewegung nach rechts entzieht ihr das moralische Fundament ihres Seins.

* * *

Der Mißtrauensantrag der Rechten.

Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei haben im Preußischen Landtag am Mittwoch den folgenden Mißtrauensantrag eingebracht:

Der Laadtag wolle beschließen: Der Landtag hat nach Art. 57, Abs. 1, Satz 1 der preußischen Verfassung jedem einzelnen Minister zu dessen Amtsführung das Vertrauen des Volkes auszusprechen. Der Landtag bekundet dieses Vertrauen nicht 1. dem Minister des Innern Severing, 2. dem Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung Becker, 3. dem Minister für Handel und Gewerbe Dr. Schreiber, 4. dem Finanzminister Dr. Höpker-Aschers, 5. dem Minister für Volkswohlfahrt Hirtsiefer, 6. dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Steiger und 7. dem Justizminister Dr. am Zehnhoff.

*

Die Fraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten im Preußischen Landtag haben folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag billigt die Regierungserklärung und spricht dem Staatsministerium das Vertrauen aus.

Luftflottensorgen der Entente.

Der Londoner „Daily Expreß" meldet über die Boranschläge für den englischen Militär- und Marineluftdienst, daß die Luftstreitmacht verdreifacht werden soll.

*

In Erwiderung auf eine Anfrage im Unterhaus erklärte Hoare, die Stärke der Luftflotte der Marine und des Heeres und der Kolonialtruppen Frankreichs belaufe sich nach den letzten vorliegenden Informationen auf etwa 140 Geschwader zu neun Flugzeugen. Die Zahl der in Europa stationierten betrage 110. Die Zahl der Luftgeschwader Großbritanniens und Irlands einschließlich der der Marine zugeteilten betrage 30 Geschwader zu je 12 Flugzeugen.

Der amerikanische Brigadegeneral Mitchell beklagte sich vor dem Repräsentantenhaus-Ausschuß für Luftschiffahrtsfragen über die ungenügende Stärke der amerikanischen Luftflotte, wobei er darauf hinwies, daß Japan sowohl die Philippinen wie die hawaischen Inseln mit Leichtigkeit einnehmen könnte.

Am Mittwoch waren in Chemnitz zwei Mitglieder der internationalen Luftgarantiekommission, ein Engländer und ein Japaner. Sie besichtigten unter Führung von Herren des Chemnitzer Vereins für Luftfahrt und Flugwesen das Flugplatzgelände in der Stollberger Straße, das nach der Meinung der Entente eine Bedrohung der Tschechoslowakei bedeuten solle. Die beiden Herren fuhren nach Plauen in gleicher Mission weiter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250221010/fragment/page=0001

Aus der Landtagssitzung.

Die Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung im Preußischen Landtag wurde eingeleitet durch einen trotzigen Ruf des kommunistischen Abg. Pieck nach Auflösung des Landtags. Zur Sache selbst sprach dann zunächst der demokratische Abg. Falk. Für die Wirtschaftliche Vereinigung erklärte Abg. Ladendorff, daß seine Partei dem Kabinett Marx kein Vertrauen entgegenbringen könne, das für den Untergang des Mittelstandes in Stadt und Land die Schuld trage. Die Mitte und Linke des Hauses quittierten diese Aeußerungen mit einem Sturm der Entrüstung. Nur zum Landwirtschaftsminister Dr. Steiger hat die Wirtschaftliche Vereinigung Vertrauen, das sie in einem besonderen Antrag zum Ausdruck bringt. Für die Nationalsozialisten lehnte Abg. Wiegershaus das Kabinett ab. Dann sprach Ministerpräsident Marx und sagte zu, alles in der Regierungserklärung Versprochene durchzuführen, wozu der Landtag allerdings helfen müsse.

Für die Deutschnationalen erklärte Abg. Schlange eine Volksgemeinschaft mit Parteien die in der Weltanschauung sich wie Feuer und Wasser unterscheiden, sei nicht möglich. Unter dem stürmischen Beifall der Rechten sagte er:

Wir sind jeden Tag bereit, unter der Parole: Für den Preußengeist gegen den Barmatgeist mit fliegenden Fahnen noch einmal in den Wahlkampf zu ziehen.

Der volksparteiliche Abg. v. Campe, der den Reigen der Redner beschließt, wendet sich in scharfer Weise gegen Aeußerungen sozialdemokratischer und Zentrumsredner. Im Hause herrscht zeitweise ein ungeheurer Tumult, den auch die Glocke des Präsidenten nicht beschwichtigen kann. Schließlich verlassen die Sozialdemokraten, Demokraten und ein Teil der Zentrumsmitglieder den Sitzungssaal. Abg. von Campe verteidigt dann die Haltung der Deutschen Volkspartei und wendet sich gegen das neue Kabinett Marx, das eine so schwache parlamentarische Basis habe, daß man es überhaupt nicht als parlamentarisches Kabinett betrachten kann. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr.

Der erste Reichslandarbeitertag

Der erste Reichslandarbeitertag trat in Berlin unter starker Beteiligung von Landarbeitern aus allen Ländern des Reiches zusammen. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Giese eröffnete die Tagung und begrüßte insbesondere die Vertreter Danzigs und Deutsch-Oesterreichs. Vertreten waren von Behörden u. a. das Preußische Landwirtschaftsministerium und das Reichsernährungsministerium.

Reichslandbunddirektor Dr. v. Volkmann

sprach über das Thema: „Deutsches Volkstum und Landwirtschaft". Er betonte u. a. die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes gegen die Sozialdemokratie als Vorkämpferin der industriellen Klassenherrschaft. Der Redner stellte u. a. folgende Forderungen auf:

Gute Behandlung der Landarbeiter, Gewährung aus jeder Wohnungen, Besitz eines eigenen Hauses, auskömmliche Deputate usw. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende des Reichslandarbeiterbundes,

Reichstagsabgeordneter Johannes Wolf, Stettin (Dntl.)

sprach über „Reichslandarbeiterbund und Nationalwirtschaft". Der Reichslandarbeiterbund lehnt nach den Ausführungen des Redners Streik- und Lohnkämpfe ab, erstrebt aber die Sicherung eines ausreichenden Lebensunterhalts der Landarbeiter. Der Bund könne seinen bisher eingenommenen Standpunkt erst ändern, wenn die Arbeitgeber von selbst entgegenkommender würden.

Die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer könne nur überbrückt werden, wenn sich der Arbeitgeber bewußt werde, daß er den Betrieb, den ihm Gott in die Hand gegeben habe, zu verwalten habe im Interesse seiner Mitarbeiter, seines Mitvolkes. Aber auch der Arbeiter müsse auf den Gedanken eingestellt werden, daß seine Arbeit der ganzen Nation gelte, während die Gewerkschaften sagten, daß der Arbeitnehmer nur für den Unternehmer schufte.

Der Redner wandte sich gegen Sozialismus und Kommunismus und den Klassenkampf. Den Gewerkschaften, so sagte er, sind aus der Zentrale für Heimatdienst und aus der Unterstützungskasse für Ruhr und Oberschlesien große Beträge zugeflossen. Wir aber sind auf uns selbst gestellt, wir haben auch von keinem Barmat etwas bekommen (Beifall und Heiterkeit). Weiterhin trat der Redner für landwirtschaftliche Schutzzölle ein.

In der Aussprache nahm u. a. der Präsident des Reichslandbundes, Graf v. Kalckreuth, das Wort.

Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung, worin die Regierung aufgefordert wird, bei den kommenden Zolltarifverhandlungen die Belange der Landwirtschaft besser als bisher zu wahren.

Das Grubenunglück vor dem Reichstag.

Der Reichstag beschäftigte sich Donnerstag mit der furchtbaren Grubenkatastrophe auf der Zeche „Minister Stein" bei Dortmund. Von den Kommunisten, den Sozialdemokraten und dem Zentrum lagen Interpellationen und Anträge vor. Die Redner aller Parteien waren einig in der Bekundung des tiefsten Mitgefühls für die Opfer des Grubenunglücks und in der Forderung, daß alles getan werden müsse, um die Sicherheit im Bergbau zu erhöhen. Die Vertreter des Reichsarbeitsministeriums versicherten, es werde alles Menschenmögliche in dieser Richtung getan. Ueber die letzten Ursachen der Katastrophe lasse sich ein endgültiges Urteil noch nicht abgeben;

ein Verschulden irgendeiner Verwaltungsstelle sei bisher nicht festgestellt worden.

Ein Antrag, der Mittel zur Verbesserung der Sicherheitsvorkommen in den Gruben fordert, wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Dann kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über kommunistische Anträge, die die Haftentlassung und die Einstellung der Strafverfahren gegen die kommunistischen Abgeordneten Heckert und Pfeiffer verlangten. Der Geschäftsordnungsausschuß empfahl die Ablehnung dieser Anträge, weil sich beide Abgeordnete an der Vorbereitung hochverräterischer Aktionen beteiligt hätten. Die Redner der bürgerlichen Parteien stimmten dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses zu.

Staatshilfe bei Hochwasserschäden.

An die durch das letzte Hochwasser am Rhein Geschädigten werden in den nächsten Wochen wieder größere Beihilfen zur Auszahlung gelangen. Man hofft, daß das Hilfswerk im Laufe des März in einer Weise abgeschlossen werden kann, die jedenfalls die wesentlichsten Schäden beseitigt.

Nach zuverlässigen Schätzungen beläuft sich der Gesamtschaden der Rheinprovinz auf etwa 18½ Millionen Mark. Bis Ende Dezember wurden hierfür vom preußischen Staat 3,6 Millionen und von der rheinischen Provinzialverwaltung 1 Million zur Verfügung gestellt.

Diese Gelder wurden den Gemeinden so rechtzeitig zugestellt, daß sie im Laufe des Dezembers und Januars zur Auszahlung gelangen mußten.

Daneben wurden größere Einzelspenden aus der Sammlung des Reichskanzlers, von den Provinzen Brandenburg und Schleswig-Holstein und dem Rheinischen Braunkohlensyndikat überwiesen.

Durch die bisherigen Beihilfen von Staat, Provinz und den Stadt- und Landkreisen konnten 50 Prozent des angemeldeten Schadens bestritten werden.

Volkszählung 1925.

Ausprägung neuer Silber- und Scheidemünzen.

Der Reichsrat nahm einen Gesetzentwurf an, durch den der Reichswirtschaftsminister zur Vornahme einer Volkszählung im Jahre 1925 ermächtigt wird. Der Tag der Zählung ist noch nicht festgesetzt. Das Saargebiet bleibt von der Zählung ausgeschlossen. Mit der Volkszählung wird eine Berufs- sowie eine landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebszählung verbunden. Die statistischen Aufnahmen werden von den Ländervegierungen bewirkt, während die unmittelbare Ausführung der Zählung den Gemeinden obliegt. Bei der Zählung soll jedes Eindringen in die Vermögens- und Einkommensverhältnisse ausgeschlossen bleiben. Die Ergebnisse dürfen nur zu statistischen Arbeiten benutzt werden.

*

Der Reichsrat ermächtigte ferner den Reichsfinanzminister zur Ausprägung von Münzen im Werte von unter einer Reichsmark, je nach den Wirtschaftsbedürfnissen. Außerdem erklärte er sich mit der neuen Ausprägung von Reichsmarksilbermünzen bis zum Gesamtbetrage von 300 Mill Reichsmark einverstanden. Das Aussehen der größeren Silbermünzen soll zur besseren Vorbeugung gegen Fälschungen verändert werden.

Angestelltenversicherungsangelegenheiten im Ausschuß für soziale Angelegenheiten.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten befaßte sich mit Anträgen zur Angestelltenversicherung. Angenommen wurde ein Antrag Gerig (Ztr.). Er sieht für die höheren Klassen, die nach der gegenwärtigen Regelung weniger erhalten als ihnen an sich zustände, einen Aufwertungszuschlag vor, der für die Klasse F 1 Mk., G 2 Mk., H 3 Mk. und J 4 Mk. beträgt, und zwar für jeden in diesen Klassen gezahlten Monatsbeitrag.

Außerdem wurde eine Entschließung angenommen, die von der Regierung einen Gesetzentwurf verlangt, nach dem die Grundrente von 360 auf 480, die Steigerungssätze von 10 auf 15 Prozent und die Kinderzuschläge von 36 auf 90 Mark erhöht werden sollen.

Beachtenswerter Anfang internationaler Verständigung.

Am 13. d. Mts. haben der schweizerische Gesandte in Brüssel und der belgische Außenminister einen Vertrag zur Erledigung von Streitfällen im Ausgleichs- und Gerichtsverfahren unterzeichnet. Nach den Bestimmungen des Vertrages werden alle zwischen der schweizerischen und belgischen Regierung entstandenen Streitigkeiten irgendwelcher Art zur Anbahnung eines Vergleichs einer Kommission von 5 Mitgliedern unterbreitet, die von Fall zu Fall zu bilden ist.

Jede Streitigkeit über irgendwelche Frage des allgemein anerkannten internationalen Rechts oder über die Durchführung irgendwelcher die beiden kontrahierenden Teile bindender vertraglicher Abkommen oder Vereinbarungen kann, sofern sie nicht im Vergleichsverfahren beigelegt wird, auf Begehren eines der vertragschließenden Teile vor den ständigen internationalen Gerichtshof im Haag gebracht werden. Auch die übrigen Streitigkeiten können beim Haager Gerichtshof anhängig gemacht werden, nachdem darüber eine Schiedsordnung abgeschlossen worden ist.

Der Frank und Frankreich in Not.

In der französischen Kammer geht die Finanznot-Debatte immer weiter. Zur Zeit regt man sich — nicht zu Unrecht — über die Kapitalflucht ins Ausland auf, die der Abgeordnete Cachin auf 20 Milliarden Franks schätzte. Sicher ist, daß Frank—reich immer Frank—ärmer wird und daß die Finanznot das Sinken des Kurses, die Teuerung, das leichtlebige „Volk der Renter" sehr beunruhigen.

Um zunächst weiterzukommen, wird die Regierung der Kammer in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf zugehen lassen, um sich ein neues Budgetzwölftel für den Monat März bewilligen zu lassen. Ferner hat Finanzminister Clementel in der Kammer zur schleunigen Beratung das vom Ministerpräsidenten Herriot in Aussicht gestellte Finanzreformgesetz unterbreitet, dessen Zweck darin besteht, ein weiteres Sinken des Franken zu verhüten. Die Haupthoffnung aber ist immer wieder Amerika und besonders Mr. Morgan, der schon einmal unter märchenhaften Gewinnen für seinen an gallopierender Gelbsucht oder Goldsucht leidenden Geldbeutel den Frank rettete und jetzt erneut große Franktäufe machen soll. Wenn er wieder entsprechend dabei verdient, wird Mr. Morgan vielleicht wieder einspringen.

Aus Neuyork wird soeben dazu folgendes gemeldet:

Es verlaute, daß Vertreter der französischen Regierung mit amerikanischen und britischen Finanzleuten in Verbindung getreten seien in der Absicht, zur Stützung des Franken einen Kredit von 100 oder 200 Millionen Dollar zu erhalten.

Die amerikanischen Finanzleute seien jedoch nicht geneigt, gegenwärtig in eine Erörterung über eine solche Anleihe einzutreten. Verschiedene Wallstreet-Autoritäten seien durchaus der Ansicht, daß die Politik verantwortlich sei für den gegenwärtigen schlechten Stand des Franken.

Industrietagungen. Präsidium, Vorstand und Hauptausschuß des Reichsverbandes deutscher Industrie halten am 27. und 28. d. M. Sitzungen ab. In der Hauptausschußsitzung sprechen Geheimrat Dr. Bücher über Grundlagen der Wirtschafts- und Handelspolitik, Hr. Müller-Oerlinghausen über den gegenwärtigen Stand der Handelsvertragsverhandlungen. Direktor Hans Kraemer über die Arbeiten des Reichswirtschaftsrats für die Zolltarifrevision, Direktor Dr. Haußmann über grundsätzliche Fragen der Steuerreform. Am Abend des 28. d. M. vereinigen sich Präsidium, Vorstand und Hauptausschuß zu einer Festsitzung zu Ehren des aus seinem Amt als Vorsitzender des Reichsverbandes scheidenden Dr.-Ing. e. h. Sorge. — Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hält am 12. März ihre diesjährige Mitgliederversammlung ab.

Wetterbericht der Wetterwarte Ilmenau.

Der fast aufgefüllte Kern des bisherigen Nordseetiefs liegt heute früh über den Ostseeprovinzen und vemrsacht auch bei uns noch Regen und Schnee. Schwache Hochdruckgebilde liegen über Skandinavien und Großbritannien, ohne jedoch voraussichtlich stärkere Bedeutung zu erlangen. Bei zunächst noch anhaltender nördlicher Luftzufuhr bleibt die winterliche Witterung bestehen. Später sind neue Störungen zu erwarten.

Voraussage für Sonnabend.

Zeitweise noch Schneeschauer. Vielfach heiter. Leichter, in Höhenlagen mäßiger Frost. Stellenweise Nebelbildung.

25 Bräute.

Ein Schelmenroman von Wilhelm Herbert.

43 Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Es war ihm ein Genuß. Es sollte ihm ein Genuß sein — ein Genuß, wie er noch keinen gehabt. Er wollte die Zeit, die ihm etwa noch zur Verfügung stand, für ganz erlesene Genüsse nützen, zu denen ihm die Kühnheit dieses Tages emportragen mußte.

Nun wendete er sich zurück, lachte, trat vor sie und sagte, mit dem Einglas nach dem Testament deutend, während er das geheime Lesen ihres ganzen Körpers in sich sog: „Sehen Sie, Leska, sie verlangt, daß ich mich binnen drei Tagen nach ihrem Tode bindend verlobt habe. . ."

Er merkte, wie es elektrisch durch sie zuckte.

„Binden, Leska!"

Nun lachte sie — nervös — geringschätzig — übermütig.

„Binnen drei Tagen, Leska — sie ist gestern früh acht Uhr gestorben. Morgen früh acht Uhr endet die Frist. Eine Sekunde später bin ich enterbt. . ."

„Aber Sie werden nicht enterbt werden, Herr Baron."

„Warum, Leska?"

„Sie werden nicht enterbt werden, Herr Baron."

„Warum?"

„Weil Sie sich jeden Augenblick verloben können."

„Jeden Augenblick?"

Er weidete sich an ihrer zunehmenden Verwirrung.

„Na ja!" Sie zögerte. „Es gibt ja Damen genug."

„Aber jede nehme ich nicht."

„Selbstverständlich!"

„Und jede nimmt mich nicht."

Sie schwieg.

Da ging er wieder ans Fenster.

So qualvoll war ihr noch keine Minute gewesen.

Als er zurückkam, setzte er sich leicht an den Fuß der Ottomane.

„Meine Tante wollte auch nicht, daß ich jede nehme und daß jede mich nimmt. Sie wollte das Geld ausschalten. Die Verlobung muß auf Liebe beruhen . . . ."

„Ach!"

„Auf gegenseitiger Liebe, Leska!"

Es war ganz still im Zimmer.

Ich habe Sie lieb, Leska." Er sagte es ganz langsam, leise — ein unbeteiligter Beobachter hätte es lauernd nennen können.

„Aber, Herr Baron!"

Es litt sie nicht mehr. Nun stand sie auf und ging ans Fenster. Die Qual war dort nicht geringer.

Dafür saß jetzt er auf der Ottomane.

Sie blieb länger am Fenster als er. Aber sie sah nichts von dem, was ihre Augen wahrnahmen. Sie lauschte ins Zimmer zurück.

Mann würde er sie aus ihrer selbstgewählten Verbannung befreien?"

„Leska . . . ."

„Herr Baron!"

Sie standen beide und schauten einander an.

„Was sagen Sie zu den Bedingungen meiner Tante?"

„Es ist so überstürzt."

„Bis morgen acht Uhr."

„Morgen um diese Zeit bin ich enterbt."

„Ich finde Sie ja sehr interessant."

„Sie sind mir auch durchaus sympathisch."

„Auf gegenseitige Liebe, Leska!"

Wieder lachte sie, statt ihm — nervös — gequält. „Ich weiß ja gar nicht . . ."

„Was?"

„Ich weiß ja gar nicht, ob Sie um mich werben würden, Herr Baron."

„Ich werbe um Sie, Leska. Was sagen Sie dazu?"

Da gab sie sich einen heftigen Ruck.

„Ja!"

„Aus Liebe, Leska?"

Es war sehr leise — aber sein gieriges Ohr verstand es: „Ja!"

Da schlang er den Arm um sie, küßte sie und steckte mit der anderen Hand das Testament ein.

„Es war höchste Zeit," rief er dann und schaute ihr übermütig in die Augen. „Jetzt sollst du aber auch einen kleinen Lohn dafür haben."

Sie lächelte und schüttelte den Kopf.

„Doch! Doch!" sagte er und nestelte an der Perlenkette, die sie eigens für seinen Besuch angelegt hatte. „Ich werde dir echte Perlen kaufen — für die da."

Sie wurde tiefrot. „Sie sind echt," stieß sie schwer gekränkt heraus. „Ich habe sie von jemandem, der nichts Falsch's verschenkt hat. Wer sagt, daß sie nicht echt sind?!"

Er betrachtete sie sehr ruhig und fest. „Ich sage es, Leska. Ich bin einer der besten Perlenkenner Europas. Ich habe selbst schon viele erlesene Perlen besessen. Zurzeit habe ich vierundzwanzig sehr seltene Perlen — nun, du wirst sie sehen. Das da sind gute und geschickte Fabrikate — aber echte Perlen, Leska, sind es nicht."

„Es wäre eine unerhörte Täuschung," murmelte sie, echte Tränen in den Augen.

„Du kannst ja mit zum Juwelier gehen" — meinte er — „wenn ich sie prüfen lasse. Es wäre freilich unangenehm, wenn zufällig jemand erfahren würde, daß du unechte Perlen getragen hast . . . ."

„Um Gotteswillen!"

„Aber geh nur mit, Leska! Der Juwelier muß ja schweigen . . ."

„Nein, nein, nein, ich danke!" Sie versank in Nachsinnen. „Wenn du es sagst . . . ."

„Ich weiß, was ich weiß. Heute um fünf Uhr hast du wirklich echte. Darf ich sie nehmen?"

Sie schluchzte vor Zorn. „Ja, nimm sie nur! Ich will sie nicht mehr sehen. Unerhört!"

Er ließ die Kette achtlos in die Tasche gleiten.

Dann erhob er sich. „Verzeih! Aber mich drängt die Zeit. Ich habe noch sehr viel zu tun heute. Du weißt ja, was geschehen muß, ehe die Frist abläuft. Der Notar wartet. Also leb wohl! Um fünf auf Wiedersehen! Ich bringe dir reichen Trost für die kleine Enttäuschung."

Dann ging er und lächelte den Korridor hindurch — die Treppe hinunter — den Weg bis zu seinen Zimmern.

Hinter Türen und Säulen wurde dieses Lächeln von mindestens zwanzig Augen beobachtet. Mindestens zehn Zungen verdolmetschten es in der nächsten Viertelstunde auf ihre Weise in mindestens vierzig Ohren.

Das Haus schwirrte von Vermutungen, Neuigkeiten, Geheimnissen.

Leska stand eine Weile wie betäubt.

Dann ging sie an eine Schublade, nahm ein Album heraus und suchte ein Bild. Wie sie es gefunden hatte, schob sie es aus der Umrahmung und zerriß es heftig und rachsüchtig in hundert kleine Fetzen, die sie auf dem Ofenblech häufte und anzündete.

Während sie verbrannten, beruhigte sich ihre Miene. Als in den Resten die Funken verglommen und leichter Rauch auftieg, kam Lächeln und Triumph in ihr Gesicht.

Der Phönix neuen großen Glückes schwang sich aus der Asche empor.

Sie setzte sich vor den Toilettenspiegel und schminkte die Spuren des Aergers aus ihren Zügen.

Dann lehnte sie sich zurück, senkte die Lider und träumte sich auf eine Schloßveranda, der ähnlich, auf der vorgestern früh acht Uhr Gräfin Rahel endanlitia eingeschlafen war, von niemand bewacht, als von Hans, ihrem alten Raben.

Irene.

In dem großen Speisesaal aß Veit an einem kleinen Tischchen.

So unbeachtet aber auch sonst diese Ecke sein mochte, heute war dort die Spitze der Tafel.

Ja, dieser Winkel verschuldete in Menge erkaltete Suppen, verschlückte Soßen, überhörte Witze, zerstreute Gespräche.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250221010/fragment/page=0002